◆ Die Inflation zieht kräftig an. Sie kann bald 3 Prozent und mehr erreichen. Nötig wäre eine andere Geldpolitik, um sie zu drücken. Doch bislang macht die Europäische Zentralbank weiter wie bisher. **Seite 2**

◆ Florian Gierke ist der neue Jugendsekretär der IG Metall Detmold. Der gelernte Industriemechaniker betreut auch einige Kunststoffbetriebe. Ein Interview mit ihm auf der **Seite 4**

nachdruck

WIR FÜR NRW. WIR FÜR LIPPE.

Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Nr.51 | Juni 2021

Was fordern wir?

Die Tarifrunde in der lippischen Kunststoffindustrie steht vor der Tür. Aktuell wird diskutiert, mit welchen Forderungen wir in die Runde gehen.

Die Lage in der lippischen Kunststoffindustrie ist nachwievor gut. Die gute Lage zeigt sich gleich doppelt: Die Industrie in Lippe ist insgesamt vergleichsweise besser durch die Corona-Zeit gekommen als die meisten anderen Regionen. Und: Innerhalb von Lippe sticht die Kunststoffbranche hervor. 2020 konnte der Umsatz sogar gesteigert werden. Für die Beschäftigten war 2020 zwar ein schwieriges Jahr, weil Ängste und Unsicherheiten zusammenkamen über die eigene Gesundheit und die Sicherheit des Arbeitsplatzes in Pandemiezeiten. Das, was die Branche schaffte, blieb davon allerdings unbeeindruckt. Anders gesagt: Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben haben mehr geleistet als jemals zuvor.

Die enorme Leistung, die gestiegene Produktivität der Beschäftigten, die besonders hoch einzuordnen ist in den schwierigen Corona-Zeiten – all dies muss sich im nächsten Tarifabschluss spiegeln.

Denn bald ist es wieder soweit: Die nächste Tarifrunde in der lippischen Kunststoffindustrie steht an. Am 24. Juni kommt die Tarifkommission der IG Metall zusammen. Die betrieblichen Vertreter werden dann von der Lage in den einzelnen Unternehmen berichten, die Lage der Gesamtwirschaft und der Branche insgesamt wird betrachtet.

Im Anschluss wird die Tarifkommission ihre Forderungen beschließen. »Ich werde unserer Diskussion nicht vorgreifen. Aber bereits heute zeigt sich: Neben dem zwingenden Ausgleich der Inflation gibt es auf jeden Fall was zu verteilen«, sagt Svend Newger, Mitglied der Tarifkommission und Verhandlungsführer der IG Metall Detmold.

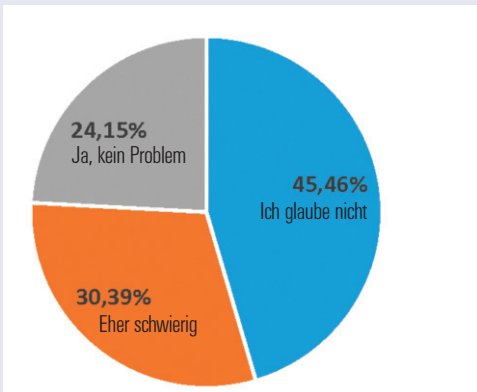
Fahrplan der Tarifrunde

- Am 24. Juni 2021 kommt die Tarifkommission der IG Metall zusammen.
- Die Tarifkommission beschließt die Forderungen.
- Nach den Sommerferien beginnt die Tarifrunde. Erste Verhandlungstermine mit der Arbeitgeberseite könnten im Spätsommer stattfinden.
- Der Entgelttarifvertrag läuft Ende September aus, Ende August muss er gekündigt werden.
- Ende September läuft auch der Tarifvertrag Demografie aus.

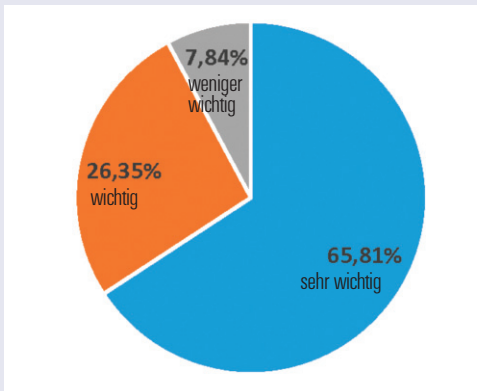
Altersteilzeit ist Thema

Die IG Metall hat bundesweit Beschäftigte in der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie gefragt, wie es mit der Arbeit bis zur Rente aussieht. Das Ergebnis ist eindeutig: Über 90 Prozent ist die Altersteilzeit wichtig, den meisten sogar sehr wichtig. Nur ein Viertel der Beschäftigten sieht kein Problem darin, bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter weiterzuarbeiten. Für uns ist das ein deutliches Signal: Die Regelungen zur Altersteilzeit müssen tarifvertraglich nicht nur fortgeschrieben, sondern verbessert werden.

ICH KANN MIR VORSTELLEN BIS ZUR RENTE ZU ARBEITEN



EINE VERBESSERTE ALTERS-TEILZEIT IST MIR...



In der lippischen Kunststoffindustrie ist für die Altersteilzeit der Tarifvertrag Demografie massgeblich. 2015 eingeführt, ermöglicht es der Tarifvertrag über einen Topf, einer bestimmten Anzahl von »Beschäftigten früher in Rente zu gehen. In fast allen Betrieben ist die Nachfrage groß.

vorwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

selbst das nicht gerade gewerkschaftsnahe ›ifo Institut‹ in Person ihres Präsidenten Clemens Fuest hat die Zeichen der Zeit erkannt. In einem Interview mit der ›Zeit‹ nannte er neulich eine einfache Formel für die Unternehmen, die Fachkräfte suchen: Die Löhne müssen steigen. Über den besseren Preis lässt sich Nachfrage generieren. Das ist eben Marktwirtschaft. Was Fuest zuvorderst auf die Gastronomie bezieht, deren Kräfte mangels Jobs in der Pandemie in andere Branchen abgezogen sind und nun wo die Gastronomie wieder öffnet Fehlstellen hinterlassen haben, lässt sich auch auf die Industrie übertragen. Dort, wo die Fachkräfte knapp sind, braucht es bessere Löhne. Manche Arbeitgeber haben das bis heute nicht verstanden – oder tun zumindest so. Ohne qualifiziertes und motiviertes Personal ist jedoch kein Blumentopf zu gewinnen. Wer nicht nur kurzfristig denkt, investiert in sein Personal. Das gilt übrigens auch für Ausbildungsplätze. Auch wenn manche Azubis abbrechen oder abwandern, so ist die Ausbildung im eigenen Betrieb immer noch die beste Möglichkeit, Fachkräfte zu gewinnen. Doch die Ausbildungszahlen sind rückläufig. Wir sind gespannt, ob sich die Lage mit Beginn des Ausbildungsjahres im August wieder aufhellt.

Die anstehende Tarifrunde wird beide Themen – Fachkräfte und Auszubildende sicherlich aufgreifen. Denn uns liegt die lippische Kunststoffindustrie am Herzen. Auf das sie samt gut ausgestatteter Arbeitsplätze und fairer Löhne wachsen und gedeihen möge.

Svend Newger, IG Metall Detmold

fett-ecke

Gebt endlich die Patente frei!

Biontech kennt inzwischen wohl jeder. Vor zwei Jahren noch unbekannt, stellen sie den wertvollen Impfstoff her, der vor Corona schützt. Klar, Biontech ist auch an der Börse – und das Unternehmen hat die Zahlen für das erste Quartal 2021 veröffentlicht: etwas mehr als zwei Milliarden Euro Umsatz, über eine Milliarde Gewinn. Verkürzt gesagt: von jedem verdienten Euro bleibt am Ende die Hälfte übrig. Die einen sagen: Vollkommen egal, sie und die Aktionäre sollen verdienen, was sie wollen. Hauptsache, sie produzieren weiter den Stoff, der Leben schützt. Und überhaupt: Ohne den Reiz, viel Geld zu verdienen, hätten die überhaupt nicht so schnell einen Impfstoff entwickelt.

Die anderen sagen: Biontech hat bei seiner Impfstoffentwicklung auf die Forschung von Universitäten und Instituten zurückgreifen können, hat massive finanzielle Unterstützung vom deutschen Staat unterhalten, nach Medienberichten bis zu 375 Millionen Euro in 2020.

Biontech kann seine Preise – verhandelt werden mit der Europäischen Union wohl um die 20 Euro pro Impfdosis – durchsetzen, weil die Konkurrenz überschaubar ist. Das Unternehmen folgt nur der Marktlogik von Angebot und Nachfrage.

Doch kann man solche Unternehmen, die Gewinne erzielen, von denen das andere produzierende Gewerbe wie die Kunststoffindustrie nur träumen, nicht auch in die Pflicht nehmen? Man kann. Die Weltgesundheitsorganisation WHO fordert seit Monaten, die Patente für die Corona-Impfstoffe freizugeben. Über 100 Staaten haben sich der Initiative angeschlossen, darunter Indien und Südafrika. Im April überraschte US-Präsident Joe Bidden damit, auch eine zeitweise Freigabe der Patente zu fordern.

Nüchtern betrachtet, gibt es dazu keine Alternative. Die Corona-Pandemie ist global und muss folglich auch global bekämpft werden. Aber es gibt Staaten, in denen bis heute kein Impfstoff angekommen ist. Da die Welt verknüpft ist, Waren und Menschen hin- und herfließen, läßt sich Corona nur besiegen, wenn auch die Menschen in den armen Ländern durchgeimpft werden. Im Prinzip ist das allen klar. WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus bringt es auf den Punkt: »Eine kleine Zahl von Ländern, die den meisten Impfstoff produziert und aufgekauft haben, kontrolliert das Schicksal der restlichen Welt.«

Doch die Bundesregierung reagiert ablehnend auf die Initiativen zur Patentfreigabe. Mit fadenscheinigen Argumenten, die da lauten, es würde Jahre dauern, eine entsprechende Produktion aufzubauen. Dabei ist zum Beispiel Indien das Land, in denen die meisten Medikamente hergestellt werden. Dort sind die Arbeitskosten viel geringer – und die Profite der Arzneimittelkonzerne, die in der Ersten Welt sitzen, entsprechend höher.

Ein Vektorimpfstoff ließe sich Indien problemlos herstellen, selbst ein mRNA-Impfstoff wie der von Biontech ließe sich bei entsprechendem Technologietransfer innerhalb von wenigen Monaten zur Produktion bringen. Die USA haben das erkannt: Sie sehen die Corona-Pandemie als Kriegssituation, in denen die Marktmechanismen zeitweise außer Kraft gesetzt werden müssen. Der Bundesregierung und der Europäischen Union sind die Profite der Arzneikonzerne offenbar wichtiger.

kurz berichtet

Weniger Ausbildungsplätze, weniger Bewerber

In der vergangenen Ausgabe haben wir von der Ausbildungsprämie berichtet, die die Bundesregierung zahlt. Unternehmen, die unter der Corona-Pandemie leiden, können bis zu 3.000 Euro pro Ausbildungsplatz beantragen. Doch der Effekt ist bislang offenbar überschaubar. Denn im Spätsommer ist typischerweise Ausbildungsbeginn. Doch ein halbes Jahr vor dem Start des Ausbildungsjahres haben nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) die Unternehmen in NRW knapp 85.000 Ausbildungsplätze gemeldet. Dies sind 7 Prozent weniger als noch vor einem Jahr. Zugleich sind auch die Bewerber*innen weniger geworden. NRW-weit gibt es 9,3 Prozent weniger Bewerber als vor einem Jahr. Beide Trends, weniger Ausbildungsplätze und weniger Bewerber, zeichnen sich aktuell auch für Lippe ab.

»Die derzeitige Entwicklung macht uns sehr große Sorgen«, sagt Vahit Uyar, Jugendbildungsreferent der DGB-Jugend in OWL. So müsse endlich die Qualität der dualen Ausbildung verbessert werden. »Was wir aber derzeit erleben, ist ein großer Rückschritt«, ergänzt Vahit Uyar.

Armutsrisiko steigt

Das Risiko, in Deutschland arm zu werden, steigt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, an der unter anderem das Statistische Bundesamt beteiligt war. In ihrem »Datenreport 2021« ziehen die Forscher*innen ein Zwischenfazit, die Daten beziehen sich auf das Jahr 2020: Ins Homeoffice beispielsweise konnten nur 24 Prozent der Bezieher*innen niedriger Einkommen gehen, aber 51 Prozent der oberen Einkommensgruppen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Sicherheit des Arbeitsplatzes: Beschäftigte mit mittlerem Einkommen konnten die Kurzarbeit nutzen, Menschen mit geringem Einkommen wurden häufig entlassen.

Hinzu kommt, dass Frauen offenbar stärker betroffen sind: »Die bislang vorliegenden Studien zu den Auswirkungen der Coronapandemie auf die Beschäftigungsstruktur und -entwicklung deuten darauf hin, dass dieses Mal Frauen von den negativen Krisenfolgen stärker betroffen sind als in früheren Wirtschaftskrisen«, heißt es im Bericht. Der Datenreport 2021 kann auf der Website des Statistischen Bundesamtes heruntergeladen werden: www.destatis.de

Auf dem Holzweg

Grundstoffe sind aktuell knapp und teurer geworden. Dies gilt auch für das Granulat, aus dem Kunststoffteile werden. Doch möglich ist, dass die Preise bald wieder sinken.

»Ein Problem ist zur Zeit die Materialverfügbarkeit bei unseren Lieferanten, dadurch ist die Planbarkeit im Produktionsbereich schwierig« berichtet Thomas Bergmann, Betriebsratsvorsitzender bei Oskar Lehmann. Dies betrifft vor allem Auftragsspitzen, die durch Mehrarbeit abgearbeitet werden. »Die Liefertermine bekommen wir teilweise sehr spät bestätigt«, fügt er an. Leergelaufen sei das Lager noch nicht, es sei aber ein paar mal kurz davor gewesen. Warum das Granulat so knapp ist, weiß er auch nicht. Im Prinzip handelt es sich ja um verarbeitetes Erdöl. Möglicherweise werden die Fördermengen unten gehalten, um die Preise erhöhen zu können. Diese Preisspekulation kann sich aber schnell wieder in Luft auflösen, wenn mehr Erdöl gefördert wird.

Thomas Bergmann schätzt, dass der Rohstoff aktuell rund ein Drittel teurer geworden ist. »Wir setzen darauf, dass dies nur ein kurzzeitiger Effekt ist und der Markt sich wieder einpendelt«, sagt Thomas Bergmann.

Die Erfahrungen, die er beschreibt, teilt beispielsweise auch Essmann, aber nicht alle Kunststoffbetriebe: Coko beispielsweise hat mehrere große Lagersilos, kauft in großen Mengen und ist so gut abgesichert.

In der Holzwirtschaft, in der die Mengen auch sehr knapp sind und die Preise geradezu explodieren, sind die Gründe leichter nachzuvollziehen. In den Wäldern in Deutschland wird zwar gerade extrem viel Holz geerntet – unter anderem weil der Borkenkäfer gnadenlos zugeschlagen hat. Zugleich aber hat die Nachfrage aus den USA und China mächtig angezogen.

Das führt zu der eigentümlichen Situation, dass die Sägewerke in Deutschland lieber exportieren und die Holzhändler und Tischler in Deutschland auf leere Regale schauen. Da Holz ein wesentlich sensibler Grundstoff ist als Kunststoffgranulat, weiß aktuell niemand, wie lange die Hochpreisphase bei diesem nachwachsenden Rohstoff anhält.

Inflationsrate nur bedingt aussagekräftig

Die Inflation zieht deutlich an, gerade bei Energie und Lebensmitteln. Doch im Alltag ist die Geldentwertung für Menschen mit geringem Einkommen noch höher.

Die Inflation steigt – und damit sinkt der Wert des Geldes. Spürbar wird dies vor allem bei Lebensmitteln und Energie. Die Europäische Zentralbank (EZB) geht davon aus, dass in diesem Jahr in einigen Monaten 3 Prozent Inflation wahrscheinlich sind. Das gab es schon seit vielen Jahren nicht mehr. Und das könnte auch erst mal so weiter gehen. Denn die EZB druckt weiter Geld ohne Ende und hält die Zinsen praktisch bei Null. Um eine Inflation zu bekämpfen, müsste sie aber die Geldmenge verknappen und endlich wieder Zinsen verlangen. Doch das ist nicht in Sicht, weil die Wirtschaft in Europa mit billigem Geld versorgt werden soll.

Wer sich die offizielle Inflationsrate anschaut, sieht aber schnell: Die tatsächliche Inflation ist sogar höher als die vorhergesagten 3 Prozent. Im Prinzip ist es wie oft: Statistiken werden schön gerechnet.

Angeblich betrug die Inflationsrate in den vergangenen Jahren um die 1 Prozent. Doch die Alltagserfahrung war eine andere. An dieser Stelle kommen die Statistik ins Spiel. Sie berechnet etwa den technischen Fortschritt mit ein. Will heißen, wer heute einen Fernseher, Computer oder auch ein Auto kauft, wird zwar deutlich mehr zahlen als früher, dies zeigt sich aber nur zum Teil in der Inflationsrate. Denn dort wird eine Formel eingezogen. Angeblich steigt die Qualität unaufhörlich, was sich darin zeigt, dass die Inflation bei technischen Geräten – die rund 6 Prozent des Warenkorbs ausmachen – deutlich niedriger angesetzt wird. Kurz gesagt: Die tatsächliche Preissteigerung kann sich statistisch schnell mal halbieren, weil die Produkte ja immer moderner werden.

Eine weitere Steuerungsmöglichkeit der Statistiker: Sie können die Zusammensetzung des Warenkorbs verändern. Auf seiner Grundlage und seinen Preisen wird die Inflation grundsätzlich berechnet. Doch immer mal wieder kommt es zu Veränderungen. Machten beispielsweise Lebensmittel 1995 noch 13,1 Prozent des Warenkorbs aus, wurden sie 2005 auf 10,4 Prozent reduziert, seit 2015 sind es nur noch 9,7 Prozent. Auch wenn die Ausgaben für Lebensmittel über die Jahrzehnte im Verhältnis zum Einkommen gesunken sind, liegen sie aktuell doch höher als die 9,7 Prozent.

Besonders betroffen sind davon Haushalte mit geringerem Einkommen: Sie kaufen sich keine neuen Autos oder unternehmen Fernreisen. Für sie sind die Lebensmittelpreise wichtig, in ihrem persönlichen Warenkorb machen Lebensmittel eher die Hälfte der Ausgaben aus. Da haut jede Preissteigerung bei Milch oder Kartoffeln rein. Unterm Strich lässt sich also sagen: Gerade für Menschen mit geringerem Einkommen stimmt die Inflationsrate nicht. Für sie wird das Leben teurer als die offizielle Inflationsrate besagt.

Lieferkettengesetz: Ein guter Ansatz...

Die Initiative Lieferkettengesetz machte Druck für ein Lieferkettengesetz. Zu dem Bündnis gehört auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Hauptziel des Bündnisses: Die Achtung der Menschenrechte, besonders in den Arbeitsverhältnissen weltweit. Die Textilbranche und ihre menschenverachtenden Arbeitsbedingungen in etlichen Fabriken in Asien und inzwischen auch Afrika sind bekannt: Dort wird die Kleidung gesponnen, gefärbt und genäht, die in der Ersten Welt verkauft wird. Die Arbeitsbedingungen sind oft katastrophal, die Löhne reichen kaum zum Überleben. Bekannt ist der Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch mit über 1.000 Toten (Foto rechts). Die Unternehmen setzen, wie eigentlich immer bei solchen Themen, auf Freiwilligkeit. Doch die vergangenen Jahre haben gezeigt: Viele Unternehmen kommen ihrer Verantwortung nicht oder nicht ausreichend nach.

Doch was bringt das neue Lieferkettengesetz überhaupt, sollte es Mitte Juni (nach Redaktionsschluss) im Bundestag mit Mehrheit beschlossen werden? Positiv: Die Lieferketten geraten verstärkt in den Blick. Doch nachwievor müssen Unternehmen in Deutschland, die bei ihren Lieferanten nicht genau hinschauen, wenig fürchten. Eine starke Arbeitgeberlobby hat dafür gesorgt, dass das Gesetz abgeschwächt umgesetzt wird.

Grundsätzlich verpflichtet das Gesetz hiesige Firmen, die Menschenrechte der Arbeiter*innen in ihren ausländischen Zulieferfabriken zu schützen. Die in Deutschland ansässigen Auftraggeber müssten dann auch sicherstellen, dass die Beschäftigten eine auskömmliche Bezahlung erhalten und keine Kinder beschäftigt werden. Kommen die Unternehmen ihrer Verantwortung nicht nach, drohen ihnen Bußgelder und Klagen vor hiesigen Gerichten. Aber nachwievor gibt es keine zivilrechtliche Haftung, Entschädigungen nach deutschem Recht sind auf Grundlage dieses Gesetzes nicht

Viele Aufträge, viel zu tun

Die Kunststoffbranche in Lippe bleibt auf Wachstumskurs. Die Nachfrage steigt, die Auftragsbücher sind in den meisten Unternehmen voll, die Beschäftigten haben viel zu tun.

Bei **Ninkaplast** in Bad Salzuflen gibt es eine gute Auftragslage. Das berichtet der Betriebsrat. Überstunden fallen an, gearbeitet wird von montags bis samstags. 311 Kolleginnen und Kollegen arbeiten im Betrieb, ein Plus von sieben innerhalb der letzten drei Monate. Aufs Jahr gesehen ist die Zahl der Beschäftigten konstant. Hinzukommen 30 bis 35 Leiharbeitnehmer. Ihre Zahl hat sich im Vergleich zum Vorjahr vergrößert. 13 Azubis lernen bei Ninkaplast. Zum 1. August kommt ein neuer Auszubildender als Industriekaufmann.

Am 1. April 2021 hat der Betriebsrat eine Umorganisation im Spritzguss von den Sprikos vereinbart, die zur Verbesserung der Qualitätsleistungen und Reduzierung von Fehler und Ausschusskosten der Produktion dienen soll. Die Betriebsvereinbarung besagt, dass in jeder Schicht vier Springer und ein Qualitätssicherungs(QS)-Kontrolleur eingesetzt werden soll. Die Sprikos die früher die Bediener abgelöst haben, mussten zuvor auch noch nebenbei die Kontrolltätigkeiten durchführen. Das muss jetzt der QS Kontrolleur machen, sodass die Springer sich jetzt auf das Ablösen der Bediener fokussieren. Von der Bezahlung her hat sich für die betroffenen Personen nichts geändert.

Bei **Friedrichs & Rath** im Extertal bleibt die Lage gut. Unverändert arbeiten 223 Beschäftigte im Betrieb. Erwartet werden zwei neue Mitarbeitende in der Verwaltung. Insgesamt werde es zunehmend schwieriger, geeignetes Fachpersonal zu finden, berichtet der Betriebsrat. Hinzukommen 23 Leiharbeitnehmer. Gearbeitet wird von montags bis sonntags, am Wochenende jedoch nur mit kleiner Mannschaft. Überstunden fallen an.

Einige Baustellen gibt mit noch offenen Betriebsvereinbarungen: So hat die Geschäftsleitung die vorliegende Betriebsvereinbarung zur Kurzarbeit noch nicht unterschrieben. Das ist durchaus von Bedeutung: Denn auf Grund von Lieferengpässen ist Materialmangel ein aktuelles Thema. Dies könnte zu Kurzarbeit führen, entsprechendes hat die Geschäftsleitung bereits verkündet. »Aber ohne Unterschrift des Arbeitgebers unter die Betriebsvereinbarung werden wir Kurzarbeit nicht zustimmen«, sagt Jutta Kopischke. Auch die Betriebsvereinbarung zum Homeoffice ist noch nicht fertig. Bei diesem Thema ist der Betriebsrat weiter in Verhandlungen mit dem Arbeitgeber.

Erfreulich: 2021 wird das Urlaubsgeld in vollem Umfang gezahlt – wie es der Tarifvertrag auch vorsieht.

Bei **Oskar Lehmann** in Blomberg Donop ist die Auftragslage weiterhin gut, berichtet der Betriebsrat. Gearbeitet wird von montags bis freitags. Das Auftragsvolumen ist so hoch, dass in einigen Hallenbereichen Mehrarbeit anfällt. 218 Kolleginnen und Kollegen arbeiten in dem Betrieb, hinzukommen 11 Leiharbeiter und 16 Auszubildende.

Von einer guten Auftragslage berichtet der Betriebsrat von **Coko**. Der Auftragseingang ist so gut, dass 16 Beschäftigte neu eingestellt werden. »Die Neueinstellungen ziehen sich noch bis Oktober, weil nicht alle sofort aus ihren Arbeitsverträgen rauskommen«, berichtet Martin Brummermann, Betriebsratsvorsitzender. Schon lange hatte der Betriebsrat angeregt, bei der Suche nach neuen Mitarbeitern in die Offensive zu gehen. Dem ist die Geschäftsführung nun endlich gefolgt und hat Stellengesuche in Portalen und Zeitungen geschaltet. Mit Erfolg. So kommt es nun zu diversen Neueinstellungen auch im gewerblichen Bereich.

Für Ärger sorgt in einigen Fällen jedoch die Eingruppierung. »Es gibt einige Eingruppierungen seitens der Geschäftsführung, denen wir nicht zustimmen konnten, weil wir sie für falsch halten«, erklärt Martin Brummermann. Die Fälle landen vor dem Arbeitsgericht, eine erste Eingruppierung wird dort noch im Juni verhandelt (nach Redaktionsschluss). »Die strittigen Eingruppierungen machen deutlich, wie wichtig es ist, zu einem neuen Entgeltrahmentarifvertrag zu kommen«, findet der Betriebsratsvorsitzende. Der bisherige Tarifvertrag stammt noch aus den 1970ern, die darin enthaltenen Arbeitsplatzbeschreibungen passen nicht mehr. Dass sehen die Arbeitgeber auch so. Die Verhandlungen sind jedoch coronabedingt zwischenzeitlich auf Eis gelegt worden – das Ende, also der Abschlusstermin, ist aktuell offen.

Was die Auftragslage treibt, ist auch der Auftrag von DAF. Coko bemustert reichlich, 2022 könnte dann die eigentliche Produktion starten. Auch weitere neue Projekte kommen rein. »Unsere Projektmanager fahren an der Grenze, so viel kommt rein«, sagt Martin Brummermann.

Bei **Essmann** in Bad Salzuflen ist die Auftragslage gut. Der Arbeitgeber hat schon vor Wochen eine 42-Stunden-Woche beantragt, der Betriebsrat hat 40 Stunden zugestimmt, 42 Stunden nur auf freiwilliger Basis.

Insgesamt sechs Azubis sind übernommen worden, davon zwei unbefristet. Es handelt sich um vier Industriekaufleute, ein Verfahrensmechaniker und ein Lagerlogistiker. Für das neue Ausbildungsjahr sind acht Auszubildende geplant. »Nachdem wir im vergangen Jahr nur drei neue Azubis hatten, kehren wir nun zurück auf das Vor-Corona-Niveau. Das ist genau das, was wir gefordert haben«, sagt Halil Annac, der Betriebsratsvorsitzende.

Ganz frisch abgeschlossen haben Betriebsrat und Geschäftsführung eine Betriebsvereinbarung zum Thema Antikorruption. Der Betriebsrat hatte dazu einen eigenen Entwurf vorgelegt, der in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsrechter Gerd Ihle und mit Svend Newger von der IG Metall Detmold entstanden ist.

Der Betriebsrat hat zudem einen Entwurf zu einer Betriebsvereinbarung zum Homeoffice vorgelegt. »Die aktuellen Regelungen durch den Bund laufen ja zum 30. Juni aus. Wir wollen für Essmann eine dauerhafte Regelung, die Homeoffice möglich macht«, sagt Halil Annac. Abgeschlossen wurde eine Betriebsvereinbarung zum Thema Netzsicherheit. Dabei geht es um Multifaktorauthentifizierung, wenn Beschäftigte von außerhalb des Betriebes auf das Firmennetzwerk zugreifen. Im Prinzip ist durch das Verfahren eine zweite Schleife eingebaut worden, welche den Zugriff sicherer macht.

Und das Unternehmen Essmann verändert sich: Die Kingspan Services Deutschland (KSD) zieht vom bisherigen Standort Leopoldshöhe auf die Fläche in Bad Salzuflen. Dafür wurde ein benachbartes Gebäude aufgekauft, welches aktuell saniert wird. KSD baut ebenfalls Kunststoffteile, allerdings in kleineren Serien.

recht praktisch

Betriebsrätemodernisierung

Das Betriebsrätemodernisierungsgesetz hat die Bundesregierung beschlossen, am 28. Mai stimmte der Bundesrat zu. Mit dem neuen Gesetz hat das Bundesarbeitsministerium vor allem die Bereiche Digitalisierung, Mobile Arbeit und Betriebsratsgründung angepackt.

Eine aktuelle Befragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung stellt heraus, dass Arbeitgeber schätzungsweise jede sechste Neugründung von Betriebsräten behindern.

Das neue Gesetz erweitert die Zahl der Betriebe, in denen das vereinfachte Wahlverfahren angewendet werden kann. Es kommt nun automatisch in Betrieben mit bis zu 100 Beschäftigten zur Anwendung, bei bis zu 200 Beschäftigten kann es mit dem Arbeitgeber vereinbart werden. Bei kleinen Betrieben sind zudem Unterschriften anderer, die die Bewerbung eines Betriebsratskandidaten unterstützen, nicht mehr notwendig. Und Wahllisten sind vom Arbeitgeber nicht mehr anfechtbar, wenn er sie selber zur Verfügung gestellt hat. Das Wahlalter wurde zudem von 18 auf 16 Jahre gesenkt.

Verstärkten Schutz erhalten diejenigen, die kundtun, erstmals einen Betriebsrat gründen zu wollen. Bislang begann der Kündigungsschutz erst mit der Einladung zur Wahlversammlung, nun beginnt er bereits dann, wenn Beschäftigte eine Erklärung abgeben, einen Betriebsrat gründen zu wollen. Kündigungsschutz erhalten statt bisher drei nun sechs Beschäftigte im Vorfeld einer Wahl.

Mit der zunehmenden Digitalisierung packt das Gesetz ein weiteres großes Thema der Arbeitswelt an. Unter anderem erhalten Betriebsräte mehr verbriefte Mitbestimmungsmöglichkeiten inklusive des erleichterten Rechts, eigenständig externen Sachverstand hinzuziehen zu können, wenn es sich um Fragen der künstliche Intelligenz handelt. Allerdings kann der Betriebsrat nachwievor nicht eigenständig ein Gutachten oder ähnliches beauftragen.

Und Betriebsräte erhalten mehr Rechte, die Mobile Arbeit, die mittels Informations- und Kommunikationstechnik erbracht wird, mitzugestalten. Nun ist gesetzlich neu geregelt: Der Betriebsrat bestimmt mit und kann dazu Betriebsvereinbarungen treffen. Damit wird das Gesetz den betrieblichen Entwicklungen angepasst.

...aber immer noch kaum Klagemöglichkeiten

möglich. Im Prinzip bleibt bei der zentralen Haftungsfrage alles beim Alten. Es zählt weiterhin das Bürgerliche Gesetzbuch, also auch nach dem neuen Gesetz ist es Geschädigte aus dem Ausland sehr schwierig, eine Klage vor einem deutschen Gericht anzustrengen und zu gewinnen.

Zusätzlich im Lieferkettengesetz enthalten ist aber die Einführung der sogenannten Prozessstandschaft. Etwa die IG Metall könnte im Namen geschädigter ausländischer Arbeiter *innen vor einem deutschen Gericht klagen – allerdings auf Rechtsbasis des Landes, in dem die Zulieferfabrik steht. Das klingt kompliziert, und würde es in der Praxis wohl auch sein.

Positiv: In dem Gesetzesentwurf steht auch, dass Betriebsräte in den Wirtschaftsausschüssen Informationsrechte erhalten. »Das Lieferkettengesetz ist richtig, aber ausbaufähig«, sagt Svend Newger von der IG Metall Detmold, »faire Arbeitsbedingungen müssen weltweit gelten. Und anders als von Arbeitgebern behauptet, geht es künftig nicht darum, für jeden Bleistift im Büro die Lieferkette zu verfolgen, wohl aber für die Rohstoffe und Zwischenprodukte, die eingesetzt werden. Dass zu überblicken und zu prüfen, ist in einer globalisierten Welt auch möglich«.

»Ich kann etwas bewegen«

Florian Gierke ist der neue Jugendsekretär der IG Metall Detmold. Der Industriemechaniker betreut auch einige Kunststoffbetriebe.

Florian Gierke ist an der Grenze zu Lippe aufgewachsen, in Aerzen zwischen Bad Pyrmont und Hameln. Der 30-Jährige ist seit Anfang April neu im Team der IG Metall Detmold. Der Gewerkschaftssekretär kümmert sich vor allem um die Jugend, aber auch um einige Betriebe der Kunststoffbranche und der holzverarbeitenden Industrie.

Wie bist Du zur IG Metall Detmold gekommen?

Ich habe an der Europäischen Akademie für Arbeit studiert, ein elfmonatiger Lehrgang, der mich auf meine Arbeit als Gewerkschaftssekretär vorbereitet hat. Das ist zwar fünf Jahre her, aber ich habe bis heute guten Kontakt zu den anderen Absolventen. Als ich im Verteiler meine Absicht kundtat, zur IG Metall kommen zu wollen, wurde ich über die freie Stelle in Detmold informiert.

Die IG Metall war Dir aber schon zuvor bekannt?

Schon lange, praktisch mit Berufsbeginn. Meine Lehre zum Industriemechaniker habe ich bei Volvo ABG in Hameln gemacht. Volvo ABG ist nicht zu verwechseln mit dem Autobauer, die Autos gehören seit den 1990er Jahren nicht mehr zu Volvo-Konzern. Volvo in Hameln stellt Straßenbaumaschinen her. Autos kann ich also nicht reparieren, auch keine Volvos, auch wenn ich dies immer mal wieder gefragt werde. Autos schrauben und übrigens auch Fußball, davon habe ich keine Ahnung. Ich weiß, dass der Ball rund ist und ein Spiel 90 Minuten dauert, aber das war es auch schon.

Bei Volvo habe ich mit 16 angefangen. Und schon bald fragte mich ein Jugendvertreter, ob ich mich engagieren wolle. Ich wollte, bin in die IG Metall eingetreten und Jugend- und Auszubildendenvertreter geworden. So richtig gezündet hat es bei mir bei einem Jugendseminar der IG Metall. Ich wurde dann wiederholt in die JAV gewählt, insgesamt war ich neun Jahre bei Volvo.

Was kam danach?

Mir wurde klar, dass ich aus meinem gewerkschaftlichen Engagement einen Beruf machen will. Damals hatte ich ja schon verschiedene Funktionen über den Betrieb hinaus, im Ortsjugendausschuss und später auch Delegierter des Ortsvorstands der IG Metall in Hameln. Eben alles das, was jemand macht, der dolle Lust hat. Der größte Impuls kam aus meiner Arbeit als betrieblicher Interessenvertreter heraus. Ich habe damals gemerkt: Ich kann was bewegen. Ich wollte meinen Radius erweitern und mich auch für andere Kolleginnen und Kollegen außerhalb des Betriebs einsetzen.

Hast Du ein Beispiel dafür, wo Du etwas bewegen konntest?

Die Azubis, die bei Volvo in Hameln übernommen wurden, wurden zunächst für ein Jahr in der Entgeltgruppe 4 eingestuft. Das hatte mehrere Effekte für das Unternehmen: Wer mit der Entgeltgruppe 4 anfängt, praktische Erfahrungen sammelt und dann nach einem Jahr als Facharbeiter in die Entgeltgruppe 5 kommt, ist praktisch schon am Ende der Fahnenstange. Dies galt auch für diejenigen Facharbeiter, die nicht bei Volvo gelernt hatten und von außen ins Unternehmen kamen. Da konnte sich die Personalabteilung hinstellen und sagen: Seht her, die bei uns ausgebildeten Leute sind auch nur in der Entgeltgruppe 5. Ich habe das zum Thema gemacht und letztlich ist es gelungen, eine Betriebsvereinbarung abzuschließen, durch die die Azubis gleich in die Entgeltgruppe 5 gekommen sind. Dadurch verbessern sich die Perspektiven, praktisch rutschten alle Neuen um eine Entgeltgruppe nach oben und können dann in die Entgeltgruppe 6 aufsteigen.

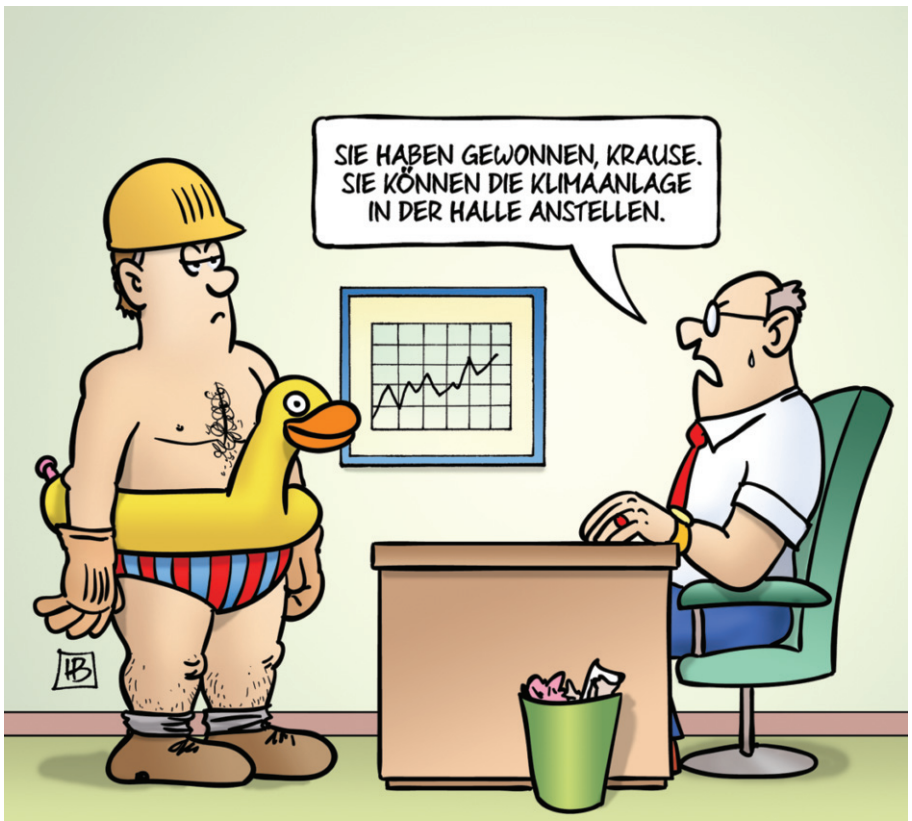
Nach deinem Akademiestudium in Frankfurt bist Du trotzdem erst zur IG Bau gegangen. Wie kams?

Es war schlicht nichts frei bei der IG Metall, zumindest nicht hier in der Nähe. Also wurde ich Gewerkschaftssekretär bei der IG Bau. Damals dachte ich, dass sich die Lebensrealität der Kolleginnen und Kollegen auf dem Bau nicht so sehr unterscheidet von der in den Metall-Betrieben. Doch mit der Zeit habe ich gemerkt, dass es doch Unterschiede gibt. Die Beschäftigten auf dem Bau sind anders unterwegs, das fängt schon bei der Sprache an. Und auch wenn einige Betriebe der Baubranche riesig sind, auf den Baustellen trifft man eigentlich nie mehr als eine Handvoll Kollegen. Ich habe dann gespürt: Ich komme eben nicht vom Bau, versprühe den gewissen Hallenduft von Industriebetrieben.

Was verbindest Du mit Lippe?

Ich erinnere mich gerne an meine Jugend, die ich ja nur elf Kilometer vom Kreis Lippe entfernt verbrachte. Lippe, das ist eine schöne Landschaft und malerischen Dörfern, das sind aber auch Kultur und die Städte wie Detmold. Ich freue ich, wieder hier zu sein. Noch wohne ich mit meiner Partnerin und unseren zwei Hunden in Bad Oeynhausen, über kurz oder lang werden wir aber sicherlich irgendwo im Kreis Lippe unser Zelt aufschlagen.

Vorsicht Cartoon!



Impressum

›Nachdruck‹
Zeitung der IG Metall für die Beschäftigten in der lippischen Kunststoffindustrie

Redaktion: Halil Annac, Thomas Bergmann, Martin Brummermann, Elmar Kleine-Grauthoff, Svend Newger, Dajana Nüsse-Klamann, Vedat Yasar

Fotos: S.1 unten: pixabay; S.2 mitte: pixabay; S.3 unten By rijans - Flickr: Dhaka Savar Building Collapse,Wikipedia Commons; S.4 oben privat, unten: Kartoon Harn Bergen

Redaktionsleitung, Layout und Satz: Manfred Horn

Verantwortlich i.S.d.P.: Erich Koch, IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, fon 05231. 99 190, eMail detmold@igmetall.de

Wir freuen uns über LeserInnenbriefe und Rückmeldungen. Vielleicht wissen Sie, weißt Du, von einem Thema, über das wir berichten sollten. Schreibe eine eMail mit dem Betreff ›nachdruck‹ an: detmold@igmetall.de oder einen Brief an unsere Redaktionsadresse: IG Metall Detmold, Gutenbergstr. 2, 32 756 Detmold

IG Metall – Eine starke Gemeinschaft. Jetzt Mitglied werden!

Die Beitrittserklärung können Sie bei Ihrem Betriebsrat, bei den Vertrauensleuten der IG Metall und in der Geschäftsstelle der IG Metall in Detmold, Gutenbergstr. 2, 32756 Detmold, abgeben.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Bitte in Blockschrift ausfüllen. *Pflichtfelder **Wird von der IG Metall ausgefüllt Bitte abgeben bei IG Metall-Betriebsräten/-Vertrauensleuten, der IG Metall vor Ort oder schicken an: IG Metall-Vorstand, FB Mitglieder und Erschließung, 60519 Frankfurt am Main
Hier kannst Du online Mitglied werden: **igmetall.de/beitreten**.

**Mitgliedsnummer Eintrittsdatum T T M M J J J J

Persönliche Angaben
Name* Vorname* Geburtsdatum/Geschlecht* ○ weiblich ○ männlich Staatsangehörigkeit*
Straße* Hausnr.* Land* PLZ* Wohnort*
E-Mail ○ dienstlich ○ privat Telefon ○ dienstlich ○ privat Mobiltelefon ○ dienstlich ○ privat

Daten zum Betrieb
Beschäftigt im Betrieb
PLZ Ort

Übertritt
Ich war Mitglied in der Gewerkschaft seit: T T M M J J J J

Beschäftigungsdaten
Derzeitige berufliche Tätigkeit ○ Vollzeit ○ Teilzeit ○ Solo-Selbstständige/-r ○ befristet beschäftigt ○ Leiharbeiter/-in, Werkvertrag: Wie heißt der Einsatzbetrieb?
als: bei: Beginn: Ende:
○ Schüler/-in ○ Umschüler/-in ○ Auszubildende/-r ○ Student/-in ○ duales Studium Wie heißt die Schule/Einrichtung/Hochschule? Bruttoeinkommen: Beitrag
als: Beginn: Ende: mtl. Bruttoeinkommen

Angesprochen von (Name, Vorname) oder Werberteam
Mitgliedsnummer Werber/-in (wenn vorhanden)

Bankverbindung
IBAN* D E
BIC* Bank/Zweigstelle Kontoinhaber/-in

Hiermit trete ich der »Industriegewerkschaft Metall«, Kurzform »IG Metall«, bei und erkenne die Satzung dieser Gewerkschaft an. Ich bestätige die Richtigkeit der Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zur Erfassung der Daten im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle.

✗ Ort/Datum/Unterschrift

Datenschutzhinweis
Meine personenbezogenen Daten werden von der IG Metall und ihren gewerkschaftlichen Vertrauensleuten unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und des deutschen Datenschutzrechts (BDSG) für die Begründung und Verwaltung meiner Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden meine Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit meiner gesonderten Einwilligung. Eine Weitergabe der Daten zu Marketingzwecken findet nicht statt. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finde ich unter **https://igmetall.de/datenschutz-dok**. Wenn ich eine ausgedruckte Version der Datenschutzhinweise per Post wünsche, kann ich mich an **datenschutz@igmetall.de** wenden.

SEPA-Basislastschriftmandat (wiederkehrende Lastschriften): Gläubiger-Identifikationsnummer der IG Metall: DE71 ZZZ0 0000 0535 93, Mandatsreferenz: Mitgliedsnummer 01. **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung der IG Metall zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1 Prozent des monatlichen Bruttoverdienstes zur vereinbarten Fälligkeit von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der IG Metall auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. **Hinweis:** Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

✗ Ort/Datum/Unterschrift

Einwilligung in die Übermittlung meiner personenbezogenen Daten an die Bank zu Zwecken der Abwicklung des SEPA-Lastschriftmandats. Hiermit willige ich ein, dass die IG Metall meine personenbezogenen Daten (insbesondere Namen, IBAN/BIC, Beitragshöhe), aus denen sich möglicherweise meine **Gewerkschaftszugehörigkeit** ableiten lässt, für die Abwicklung des SEPA-Lastschriftmandats an den/die ausführenden Zahlungsdienstleister übermittelt. Die Mitteilung beinhaltet auch die Information über meine Gewerkschaftszugehörigkeit, die nach geltendem Datenschutzrecht zu den besonders sensiblen Daten gehört und daher unter besonderen Schutz gestellt ist. Die Übermittlung der vorstehend genannten Daten ist Voraussetzung dafür, dass die IG Metall die satzungsgemäßen Beiträge über das SEPA-Lastschriftmandat einziehen kann. Meine Einwilligung ist Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung für den vorgenannten Zweck. Meine Einwilligung ist freiwillig. Ich bin berechtigt, meine Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Der Widerruf berührt nicht die Rechtmäßigkeit der aufgrund meiner Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung. Weitere Informationen zur Datenverarbeitung kann ich den »Informationen zur Verarbeitung personenbezogener Daten der Mitglieder« unter **https://igmetall.de/datenschutz-dok** entnehmen.

✗ Ort/Datum/Unterschrift

Stand Juli 2018